



Könnern brauchen keine Kammern - jedenfalls nicht zwangsweise !

Kammerjäger Informationen für IHK- Verweigerer

Ausgabe: Februar/März 2006

Hallo, liebe Vereinsmitglieder.

'Nichts ist beständiger, als der Wandel' diese rd. 2.500 Jahre alte Erkenntnis des Griechen Heraklit bestätigt sich auch in diesem Jahrtausend. Warum auch nicht?

Womit wir schon mitten im Thema wären '...dem Wandel'.

Da fand vom 5. bis 7. Mai 2005 in Köln ein Bundesparteitag statt; der FDP. Und auf diesem kam, nach vorliegenden Berichten, folgendes zum Thema 'Kammerzwang' heraus:

[Zitat] **Als nächster Punkt standen Anträge zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der IHK auf der Tagesordnung. Der Bundesvorstand hatte über Nacht einen Kompromiss vorgeschlagen, der vorsieht, dass die Bundestagsfraktion unter der Leitung von Dirk Niebel eine Kommission einrichtet, die ein Konzept für die Zeit nach der IHK-Zwangsmitgliedschaft vorlegen soll. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.** [Zitatende]

Ja, Sie lesen richtig, die FDP-Bundespartei hatte in Köln beschlossen, ein Konzept erarbeiten zu lassen für...

die Zeit nach der ...

... **IHK-Zwangsmitgliedschaft!** So wurde es jedenfalls in Köln - **als Kompromiss** - im Mai 2005 verabschiedet. Nun werfen wir erneut gemeinsam einen Blick auf den alten Griechen Heraklit und die **'Beständigkeit des Wandels'**:

Am 28. November '05 fand eine Diskussion bei dieser FDP Kommission '...zur Reform des Kammerwesens' in Berlin statt. Dort war nun zu erfahren, dass diese Kommission, in vorangegangenen Sitzungen, erst einmal **dreigeteilt** wurde.

Es gibt eine Arbeitsgruppe, die sich mit allgemeinen Fragen (?) beschäftigen, eine weitere, die Reformvorschläge im bestehenden System erarbeiten soll und eine dritte, die den eigentlichen Parteitagbeschluss - **Konzept für die Zeit nach der Zwangsmitgliedschaft** - in Worte und damit in eine **Beschlussvorlage** für den **Parteitag 2006**, fassen soll.

An dieser Sitzung nahm, neben einer Vielzahl Kammerbediensteter, Hauptgeschäftsführer und bekannter Kammerlobbyisten der FDP, sowie deren '...juristischer Beistand', Prof. Dr. Stober, vom 'Hamburger Institut für Recht der Wirtschaft', auch ich - als Kammerkritikervetreter - teil.

Prof. Stobers Vortrag stand unter der Überschrift 'Industrie und Handelskammern als Mittler zwischen **Regierung** und **Wirtschaft**'. Dass damit '...der Professor aus Hamburg' seine Überschrift aus den frühen 90er Jahren nur '...geringfügig, aber entscheidend', gewandelt hatte, schien weder ihn, noch die Anwesenden zu beeindrucken. **Stober** hatte seiner Abhandlung ursprünglich die Überschrift gegeben 'Industrie und Handelskammern als Mittler zwischen **Staat** und **Wirtschaft**'. Er muss aber wohl erkannt haben, dass **der Staat** - **seit der Zeit des Absolutismus** - eigentlich **WIR** Bürger und Unternehmer/innen sind und seine ehemalige Überschrift ein glatter 'kammer-ideologischer Striptease' und eigentlich ein Paradoxon erster Klasse darstellte.

Sind das nicht geradezu wunderbare...

...**Wandlungen?** Und so beständig, wenn es **'...um die Frösche geht, deren Teich ausgetrocknet werden soll.'**

Stober räumte in seinem Vortrag als möglichen Weg zwar die **Alternative Freiheit statt Zwang** - entsprechend 'unserem' Konzept - ein, verstieg sich aber zur These, dass eine 'Beleihung' privater Organisationen, mit '...legitimen Staatsaufgaben', **mehr Staat** bedeutet, als das System der Zwangs-Kammern. Im Klartext meint Stober dass - als Beispiel - der privatrechtlich organisierte TÜV **'staatsnah'** sei, weil er von dieser **'Beleihung'** durch staatliche Macht abhängt, bzw. weil dieser **private** TÜV seine Aufgaben und seine Legitimation, von dort erhält.

Nur: auch hier bleibt der Begriff **'Staat'** und damit die **'Staatsnähe'**, anno 2000plus doch demokratisch und **nicht absolutistisch** zu definieren. Das ist **'...dem Professor aus Hamburg'** auch irgendwie untergegangen.

Zurück zu 'den Liberalen' ...

...die am 16. Januar '06 zu einem Hearing ihrer **'Bundestagsfraktion'** eingeladen hatten. Diese Anhörung sollte Teil der Kommissionsarbeit sein und ich bin davon ausgegangen, zu diesem Termin zumindest einem größeren Teil der FDP-Bundestagsfraktion Rede und Antwort stehen zu können.

In der Praxis sah diese Veranstaltung dann so aus, dass sich so etwa '...eine bis zwei Millionen Jahresgehalt', in Form von Kammer- Haupt- und Geschäftsführern, sowie zahlreichen DIHK- Bediensteten und - leider - nur ganz wenigen FDP- Abgeordneten an dieser 'Anhörung' beteiligten. Eigentlich schade, denn der wiederholte Austausch bekannter, aber gegensätzlicher Standpunkte, bringt uns in der Sache nicht weiter. Und auch die durch Abwesenheit glänzenden FDP- Abgeordneten wurden natürlich nicht informierter.

Auf dem Podium waren, um die Kammertreuen zuerst zu nennen, dann auch IHK- und Handwerkskammerfunktionäre wie Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des ZdH, Walter Tschischka, Präsident der HwK- Mannheim, Dr. Eric Schweizer, Präsident der IHK-Berlin, Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des DIHK e.V. und, als Moderator, Rainer Brüderle (MdB) anwesend.

Die kammerkritischen Unternehmer wurden vertreten durch Prof. Dr. Gerd Habermann, Direktor des Unternehmerinstituts der ASU e.V., Dr. Harald Frank, ASU Mitglied und Unternehmer aus Gera, sowie durch meine Person, als Vorstand des IHK-Verweigerer e.V.

Und wieder hatten die Veranstalter mit Prof. Dr. Winfried Kluth, vom Institut für Kammerrecht e.V. (Halle / Saale), einen bekanntermaßen 'kammernahen' Juristen verpflichtet. Kammernah bedeutet im Falle '...des Professors aus Halle' nicht nur, dass sein 'Institutsverein' vom DIHK e.V. und IHKn mitfinanziert wird. 'Kammernah' sind auch seine Interpretationen von 'Demokratie' - eigentlich so eine Art '...theoretisch-juristischer Fundamentalismus'. Dem Herrn



Können brauchen keine Kammern - jedenfalls nicht zwangsweise !

Kammerjäger Informationen für IHK- Verweigerer

Ausgabe: Februar/März 2006

Prof. Kluth verdanken wir so 'sinnstiftende' Sätze wie den folgenden:

"Aus dem Demokratieprinzip lässt sich auf der Grundlage seiner Interpretation als Optimierungsgebot eine Rechtfertigungslast im Zusammenhang mit dem Abbau demokratischer Partizipationsrechte ableiten."

Häh? Sie haben verstanden? Sehr gut und nun mal ganz ehrlich: kam Ihnen nicht auch schon irgendwann einmal dieser '...professorale' Gedanke:

"Die Aufhebung der gesetzlichen Pflichtmitgliedschaft und ihre Ersetzung durch eine freiwillige Mitgliedschaft in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts wirkt sich auf die Qualität der demokratischen Legitimation der durch die Organisation wahrgenommenen Aufgaben, insbesondere die getroffenen Entscheidungen aus."

Sie sehen also: '...dort werden Sie geholfen!'; aber mit einem Millionenaufwand **aus Ihren Taschen**, über den Umweg durch Kammer(n) und DIHK e.V., finanziert. Der Zweck heiligt hier wohl im wahrsten Sinne des Wortes **die Mittel**.

Die Tatsache, dass diese 'Anhörung' statt der vorgesehenen zwei, dann knapp drei Stunden dauerte, sowie die massive Häufung der Hauptamtlichen - bei extrem geringer Präsenz der eigentlichen Zielgruppe (**FDP-Fraktion**) - deutet allerdings auf erhebliche Befürchtungen der Kammerlobby hin, dass die FDP in Rostock einen Positionswechsel vollzieht.

Und was läuft in der ...

...ex-Koalition des 15. Bundestages - also bei der **SPD** und den **B90/Grünen**?

Johannes Kahrs (MdB/SPD) kann nicht wirklich erklären, warum es in sieben Jahren der Koalition mit 'den Grünen' nicht möglich war, die Mehrheitsmeinung beider Fraktionen gegen BuWiMin Clement durchzusetzen. Aber: Kahrs bleibt - so sein Versprechen - am Thema dran. Dies fällt ihm und 'seinen Seeheimern' leicht, denn die Unterstützung SPD-naher Unternehmer in der 'AGS' ist sicher. Kürzlich kam von dort zum wiederholten Mal massive Kammerkritik, als deren Bundesvorsitzender, Jörg Schintze, erklärte:

"Herr Braun muss sich die Frage gefallen lassen, welche Interessen er überhaupt noch vertritt; die der Großkonzerne oder die seiner Kammermitglieder, die größtenteils klein- bzw. mittelständisch organisiert sind. Wenn Herr Braun den Anspruch erhebt, für die Mitglieder der Industrie- und Handelskammern zu sprechen, ist die Frage zu stellen, ob ein Festhalten an der Zwangsmemberschaft noch zu rechtfertigen ist."

Und auch in den Gliederungen der Partei wird das Thema wiederholt aufgegriffen. In der Leipziger Volkszeitung vom Freitag, 6. Januar 2006 steht unter der Überschrift ...

'SPD macht Kammern Druck:'

"Immer mehr Unternehmer wollen keine Zwangsbeiträge mehr zahlen, manche können es auch gar nicht. Sie empfinden die Pflichtmitgliedschaft als völlig unzeitgemäß. **Sie muss weg**", sagt **Rolf Gansauer**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger in der sächsischen SPD.

Gemeinsam mit dem Leipziger Bundestagsabgeordneten **Gunter Weißgerber** (SPD) bereitet er eine **Landesinitiative** vor, die auf dem nächsten Landesparteitag beraten und beschlossen werden soll.

"Damit unterstützen wir die Aktivitäten auf Bundesebene", sagt Weißgerber. Seit 2003 werde in der SPD-Fraktion über das Thema heftig diskutiert. Auf Grund der vorgezogenen Neuwahlen 2005 sei es aber nicht zu einem Antrag gekommen. "Ich gehe davon aus, dass wir noch 2006 das Gesetz kippen, so dass der Kammerzwang bald Geschichte ist."

Aber auch in Baden-Württemberg...

... wird das Thema auf Bundes- und Landtageben heiß diskutiert. Am 21. Februar fand in Fellbach das sogenannte 'Remstalforum' statt. Dieses 'Forum' wurde zum 101. mal von dem Bundestagsabgeordneten Dr. Scheer (SPD) und der Landtagsabgeordneten Katrin Altpeter (SPD) veranstaltet. Rede und Antwort standen den Teilnehmern Dr. Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe und meine Wenigkeit. Ein Reihe unserer Mitglieder hatten sich an dieser Veranstaltung beteiligt und eine recht lebhafte Diskussion entfacht. Was fehlte waren Kammerlobbyisten. Berichte der Presse finden Sie - natürlich - bei uns im Netz!

Aber auch die B90/Grünen ...

...haben ein 'massives Erklärungsproblem'. Deren Abgeordnete betonen zwar beständig gegen den Kammerzwang zu sein, fordern aber in den immer gleichen Formbriefen dazu auf '...öffentlichen Druck' auf die Abgeordneten auszuüben - um zum Erfolg zu kommen.

Im Klartext ist der Text das Eingeständnis einer 7jährigen 'Untätigkeitsperiode' und dass in diesem Land '...Politik auf und von der Straße' gemacht wird. Eine eher eigenartige Auffassung von Politik, Mandat und Verantwortung, der Mandatsträger/innen. Aber: wir werden '...dem Betteln nach Druck' ohnehin entsprechen. Es muss auch den Grünen klar gemacht werden, dass sie - wie die anderen Oppositionsfraktionen auch - nun schon selbst die Chance nutzen müssen und sich vom Kammerdruck befreien.

Dieser 'Befreiung' von realen, oder auch nur befürchteten, Restriktionen, kann auch von den Oppositionsplätzen problemlos umgesetzt werden. Nur:

Wir Unternehmer wollen endlich Taten sehen...

Und was gibt es bei der CDU/CSU ...

..BT-Fraktion - um 'unsere erste Kanzlerin,' Angela Merkel, - und der Partei '...hier draußen in diesem unserem Lande?'

Sie erinnern, dass Frau Merkel im **März 2003**, aus Anlass der Regierungserklärung des wiedergewählten Kanzlers, Gerhard Schröder, ihre Bereitschaft und die der CDU/CSU, erklärt hatte, **auch '...über die Zwangsmemberschaft in den Kammern' - mit sich reden zu lassen.**

Nun ist Frau Merkel 'an der Macht'; hat auch bereits einige 'staatstragende Reden' gehalten. Daher haben wir ihr einen netten Brief geschrieben und auf den einen oder anderen Punkt in diversen '...starken Ankündigungen' hingewiesen.

Den Brief finden Sie, zusammen mit seinen Anhängen, bei uns im Netz. Frau Wende sendet Ihnen den Brief auch zu. Und auch dem CDU/CSU Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (MdB) haben wir angeboten:

"...wir wollen Ihnen dabei helfen, sich über die Lebenswirklichkeit in der verkammerten Bundesrepublik Deutschland sach- und fachkundig zu machen."

Und: damit von dort nicht immer wieder so 'feinsinnige Sprüche' kommen, von wegen '...man solle nicht das Kind mit dem Bade ausschütten', oder '...dürfe keine bewährten Strukturen zerschlagen' und '...es seien keine Alternativen zum bestehenden System vorhanden' etc. pp., haben wir auch dem Fraktionsvorsitzenden, die **Alternativen** und die erarbeiteten **Gesetzentwürfe** nebst weiteren Materialien zugesandt. Wir haben Volker Kauder auch noch 'beruhigt' und ihm geschrieben:

"...seien Sie versichert: wir schütten weder irgendwelche '...Kinder mit dem Bade aus', weder die eigenen, noch die der 'Kammerfürsten' oder Kammerbediensteten..."

Wir wollen auch keine '...bewährten Strukturen zerschlagen' - ohne Alternativen anzubieten.

Und: wir haben keine Einwände gegen die Kammern - wohl aber gegen den Zwang!

Aber: dass sich der Kammerzwang 'bewährt' habe, glauben nur noch diejenigen, die aus diesem System ihre Vorteile ziehen. Wir 'Zwangsbeglückte' wissen es besser.

Fazit: weder Frau Merkel, noch Herr Kauder, können nun behaupten '...nichts gewusst' zu haben und die geradezu historischen CDU/CSU-Serienbriefe weiter verwenden.

Am 20. März um 19:00 Uhr...

...findet, auf Einladung des ex-Staatsministers, Dr. Matthias Rößler (CDU), eine Diskussionsveranstaltung in 'Adams Gasthof', Markt 9, 01468 Moritzburg (bei Dresden) statt. Eingeladen sind der Dresdener IHK-Präsident, Hartmut Paul, der HWK-Präsident, Claus Dittrich, wir Kammer-

kritiker vom IHK-Verweigerer e.V. und selbstverständlich alle interessierten Unternehmerinnen und Unternehmer.

Also: kommen Sie **am 20. März** nach **Moritzburg** und diskutieren Sie mit! Die Einladung zu der Veranstaltung bekommen Sie bei Frau Wende, oder bei uns im Netz unter: **www.kammerjaeger.org**.

Kennen Sie Mockrehna?

Macht nichts, aber in der Gemeinde Mockrehna, zwischen Torgau und Eilenburg in Sachsen gelegen, ist der Widerstand gegen den Kammerzwang auch bei der dortigen CDU angekommen.

Diese Pressemeldung aus Mockrehna hatte hier Aufmerksamkeit erregt:

'Mitgliedszwang soll abgeschafft werden'
Mockrehna (TZ).

'Dieter Jentzsch, stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Mockrehna und Bürgermeisterkandidat der CDU, will den Mitgliedszwang in der IHK abschaffen. Dazu heißt es in einer Pressemitteilung des Christdemokraten:

Zu Betriebsbesuchen in mittelständischen Unternehmen der Gemeinde Mockrehna hatte Dieter Jentzsch den wirtschaftspolitischen Sprecher und Vorsitzenden des Arbeitskreises Wirtschaft des Sächsischen Landtages, Herrn Jürgen Petzold, MdL, am 1. Februar 2006 nach Mockrehna eingeladen.'

Und dort brachte Jentzsch die Probleme auf den Punkt:

"Wir sind freiwillig Unternehmer geworden. Das mit Sicherheit nicht, um mit Zwang einer IHK-Mitgliedschaft anzugehören!"

Na also, es geht doch ...



Wenn die PDS/WASG den Schritt in die Jetzt-Zeit schafft und sich von ihrem 'Zungenbrechersatz' trennt "Wir sind für den Kammerzwang, weil wir nicht wollen, dass die Vorteile der Zwangsmemberschaft privatisiert und deren Nachteile sozialisiert werden", wird es doch allen anderen Parteien und Fraktionen sicher leichter fallen, eine '...**große Koalition für Freiheit und Demokratie**' zu bilden und sich gegen die fortwährende Entmündigung von eigentlich



Können brauchen keine Kammern - jedenfalls nicht zwangsweise !

Kammerjäger Informationen für IHK- Verweigerer

Ausgabe: Februar/März 2006

selbständigen Unternehmer/innen durch Kammerzwang zu stellen.

In dieser '...großen Koalition aller Demokraten' wäre keine der Parteien den offenbar befürchteten Repressionen durch die '...langen Arme der Kammerbürokratie' ausgesetzt.

Nun zu den 'Landtagswahlen' ...

... die am 26. März gleichzeitig in den drei Bundesländern, **Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz** und in **Sachsen-Anhalt**, stattfinden.

Richtig: das immer noch 'vorläufige' IHK-Gesetz' ist ein 'Bundesgesetz' und nur der Bundestag kann das Gesetz, mit einer Mehrheit von mindestens 308 Abgeordneten, ändern.

Aber: auch die Bundesländer können, z.B. in Form einer Bundesratsinitiative, auf das Gesetz Einfluss nehmen. Und: Teile eines 'neuen' Kammergesetzes fallen in die 'Hoheit' der Länder. **Sie sind also in jedem Fall (mit-)Beteiligte!**

Und daher kommt den Landtagswahlen, bzw. der Einflussnahme auf die künftigen Parlamentarier/innen, erhebliche Bedeutung zu. Parteiinterne Diskussionen machen nicht vor Ländergrenzen, auch nicht vor Fraktionsgrenzen von Bundes- und Landtagsfraktionen, halt. Das ist ein äußerst gewichtiger Grund dafür, jede sich bietende Gelegenheit zur 'Bewusstseinsbildung' erbarmungslos und intensiv zu nutzen. Die Rückantworten von Kandidat/innen finden Sie bei uns im Netz unter www.kammerjaeger.org.

Wir sind gegen Zwänge, aber...

... es gibt Notwendigkeiten und Rezepte, denen wir uns nun einmal unterwerfen müssen, um Erfolg zu haben. Das gilt auch für Ihren Teil bei den hier beschriebenen Aktionen.

Bitte folgen Sie unbedingt den folgenden 'Empfehlungen'.

1. bitte **rufen Sie** die Abgeordnete(n) Ihres Wahlkreises **an**; bitte unbedingt anrufen und keinesfalls schreiben,
2. melden Sie sich **auf keinen Fall** als IHK-Verweigerer, **sondern als Unternehmer/in** aus dem Wahlkreis des/der Abgeordneten,
3. bitten Sie um einen **Gesprächstermin** 'über Probleme und Fragen', **die Sie als Unternehmer/in bewegen**,
4. bitte nehmen Sie **den Termin unbedingt wahr** und **beginnen Sie** auch **dieses Gespräch nicht** mit der IHK-Zwangsmemberschaft,
5. **sprechen Sie unbedingt sachlich** über '**Bürokratie**' und deren Abbau, über 'Steuer- und Abgabenlast' und über die (schlechte) wirtschaftliche Situation, in der Sie jede unnötige Ausgabe daran hindert, sich geschäftlich zu entwickeln und angemessenes Geld zu verdienen, nutzen die erste Hälfte des vorgesehenen Zeitraums von etwa 1 Stunde für diese Gesprächsinhalte und,
6. **versuchen Sie ein positives Gesprächsklima zu schaffen**,
7. wenn Sie dann merken, dass dieses Klima erreicht ist, **machen Sie** unbedingt **Vorschläge** zur Verbesserung

der beklagten Situationen und erst dabei, kommen Sie zurück auf das Thema **Bürokratieabbau** und nun

8. beginnen Sie mit Beispielen, z.B. mit der Berufsgenossenschaft. Schlagen Sie z.B. eine Pflichtversicherung wie beim Auto, ohne BG-Zwang vor...
9. und **dann erst bringen Sie den Kammerzwang** ins Gespräch und nehmen diesen sinnlosen Zwang und die damit verbundenen Kosten und die Kammer-Bürokratie ins Visier und gegen Ende des Gesprächs
10. fragen Sie die Einstellung 'Ihres Abgeordneten' ab:
"Werden Sie einem Gesetzentwurf zustimmen, der die Abschaffung des Kammerzwangs zum Inhalt hat und andere Lösungen und Wege aufzeigt, wie die 'Hoheitlichen Aufgaben' der Kammern, von Privaten erledigt werden können, ohne dass 'der Staat' die Aufgaben übernimmt?"
11. bei einer positiven, oder zögerlichen Reaktion sagen Sie die **Zusendung konkreter Vorschläge** zu, damit sie/er sich sachkundig machen und informieren kann.
12. über die Reaktion informieren Sie bitte Frau Wende.

Eine Ode an die deutschen Unternehmer...

...oder: '**IHK-Zwangsmitglieder - Dank sei Euch!**' schreibt unsere Vollversammlungsmittglied **Lothar Henke**.
"Als VV-Mitglied in der IHK-Kassel sitze ich auch im Haushaltsausschuss und durfte mir letztes Jahr (zusammen mit 13 KollegInnen) in einigen Sondersitzungen Gedanken um Einsparungen für den Haushalt 2006 machen.

Innerhalb der zugestandenen 14 Tage-Frist kamen lediglich von mir schriftliche Vorschläge, u.a. der, aus dem DIHK auszutreten und so 600.000 Euro jährlich zu sparen. Dies führte zu einer gesteigerten Aufmerksamkeit bei den 13 anderen Mitgliedern und vielen Fragen, den DIHK e.V., seine Mitarbeiterzahl, sein HH-Volumen, seine Rechtmäßigkeit u.a.m. betreffend.

Von einigen HH-Ausschussmitgliedern wurde der 'Wunsch nach **Transparenz**' geäußert.

Zu diesem Zeitpunkt '..gelangten einige Unterlagen' zu mir:

1. Prüfungsbericht des Jahresabschlusses des DIHK zum 31.12.2004 und auch z.B.
2. der Prüfungsbericht des **Konzernabschlusses** des DIHK zum 31.12.2004.

Wie daraus hervorgeht, betrug das Haushaltsvolumen des 'DIHK-e.V. - Konzerns' knapp **90 Millionen Euro!!**

Damit ist der DIHK e.V. wohl der erfolgreichste Verein in Deutschland, denn die **Gewinn- und Verlustrechnung 2004** schließt mit einem **Überschuss** von rund **3,6 Millionen Euro** ab!!

Um 'Transparenz herzustellen' und manche 'Geldflüsse zu beleuchten' kam dann zur letzten HH- Ausschußsitzung am 8.11.2005 der Finanzkontrollchef des DIHK, Herr **Torsten Klette**.

Obwohl die Vorhaltungen und Fragen den Mann gezielt konfrontierten, Missmanagement bewiesen, auch juristische Verfahren wegen Steuerhinterziehung anhängig sind, blieb es lediglich bei Entschuldigungen und Versprechungen, es in Zukunft besser zu machen.

Auch die Frage, warum ein DIHK- e.V. in seiner Satzung (§ 1 Abs. 2) stehen hat: *'Der Zweck des DIHK ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet'* und wie der erzielte Überschuss dann zu verstehen sei, wurde nicht beantwortet.

Allerdings kam heraus, dass der bei jeder HH-Ausschusssitzung anwesende Hauptgeschäftsführer der IHK-Kassel, Dr. *Walter Lohmeier*, gleichzeitig Mitglied im Haushaltsausschuss des DIHK e.V. in Berlin ist.

Der ansonsten sehr aktive 'Dampfplauderer' ist bei diesem Thema sehr verschwiegen, trotz oder gerade wegen des finanziellen Erfolges *'...unserer Dachorganisation'*.

Bereits hier sei den deutschen Unternehmern im Namen des DIHK e.V. herzlich gedankt für ihre finanzielle Unterstützung zum Wohle eines so erfolgreichen ...

'Konzernabschlusses'.

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang allerdings auch noch ein Blick auf

...die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

...des **DIHK e.V.:** **PricewaterhouseCoopers (PwC)!**

Wer sich ein umfassenderes Bild von diesem *'Lieblingsprüfer staatsnaher Konzerne'* ⁽¹⁾ machen will, der lese in den Büchern *'Schwarzbuch VW'* ⁽¹⁾ und *'Cross Border Leasing'* ⁽²⁾ über die

'...vorhandene, kriminelle Energie von PwC' ⁽¹⁾, über *'...gefälschte Bilanzen'* ⁽¹⁾ *'...700 Briefkastenfirmen für ihre Klienten auf Barbados'* ⁽²⁾, die *'...Doppelfunktionen der Wirtschaftsprüfer als Lobbyisten'* ⁽²⁾ und vieles mehr.

'PwC war schließlich immer beteiligt, wenn es um große Summen und betrügerische Absichten ging bei der Falschbewertung der Telekom-Immobilien, beim Milliardenbetrug um die WestLB und die Preussag-Gruppe, bei Babcock-Borsig und HDW' ⁽¹⁾.

Da kann man verstehen, dass der DIHK e.V. sich ausgerechnet bei dieser Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in 'guten Händen' weiß.

Schließlich kam dann noch eine 'Hiobsbotschaft' aus der IHK- Kassel.

Am 8. Dezember wurde der Haushaltsplan für 2006 verabschiedet. Vor Jahresende kamen dann noch *'...plötzlich und unerwartet'* 1 Million Euro **zusätzlich** durch Beiträge und Umlagen auf die Einnahmen-Seite!!

Hier sei den Unternehmern, Selbständigen und Gewerbetreibenden in ihrer Eigenschaft als Zwangsmitgliedern der IHK-Kassel für ihre großzügigen Zahlungen herzlich gedankt."

Die EU- Dienstleistungsrichtlinie...

...wird in der Öffentlichkeit schwerpunktmäßig unter den Begriffen wie 'Herkunftslandprinzip', 'Sozialstandards' und 'Lohndumping' diskutiert. Möglicherweise gibt aber die DLRL Ansatzpunkte für unseren Widerstand gegen den Kammerzwang her, denn...

Ziel der Richtlinie ist es, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, den Handel mit grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu erleichtern und somit den Binnenmarkt für Dienstleistungen zu vollenden.

Allerdings sind in den bisher vorliegenden Interpretationen auch 'Haken und Ösen' zu erkennen, denn...

Die Richtlinie verlangt allerdings weder die Liberalisierung der öffentlichen oder privaten Einrichtungen vorbehaltenen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse noch die Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen, die Dienstleistungen erbringen. Auch müssen weder Monopole, die Dienstleistungen erbringen, abgeschafft werden noch Beihilfen, die mit den EU-Wettbewerbsvorschriften konform sind. Auch berührt die Richtlinie nicht die Freiheit der Mitgliedstaaten zu definieren, was sie unter Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse verstehen, festzulegen, wie diese Dienstleistungen erbracht und finanziert werden sollten und für sie besondere Auflagen zu erlassen.

Durch die sehr weitgehende 'Entschärfung' der DLRL gibt es für unser Anliegen noch keine abschließende Bewertung. Wir arbeiten aber daran und werden Ihnen in der nächsten Ausgabe des *Kammerjäger* sicher berichten können.

In eigener Sache...

...kann ich die sehr erfreuliche Nachricht verbreiten, dass uns aus der Nürnberger Gruppe, um unser Mitglied *Werner Hufnagel*, einem **Kammerjäger** der uns schon seit 1996 'in der Sache verbunden' ist, ein namhafter, vierstelliger Betrag zugeflossen ist. Ein herzliches 'Dankeschön' von dieser Stelle aus an **'...die Nürnberger'** und an *Werner Hufnagel*.

Sie erhalten nun erstmalig den **Kammerjäger** in zwei getrennten Versionen: wie gewohnt in Papierform oder per E-Mail - jedenfalls dann, wenn wir Ihre E-Mail Adresse haben. Alle E-Mail Adressen, die bis zum 10.03.06 bei uns eingingen - und das waren erfreulich viele - wurden dabei berücksichtigt.

- (1) Zitate aus **'Schwarzbuch VW'**, von Hans-Joachim Selenz, erschienen im Eichborn-Verlag.
- (2) Zitate aus **'Cross Border Leasing'**, von Werner Rügemer, erschienen im Verlag Westfälisches Dampfboot.

Impressum:

Herausgeber: IHK-Verweigerer e.V. Dortmund
E-mail: IHK-Verweigerer_e.V.@t-online.de
Redaktion: Axel Pestel / **V.i.S.d.P.**
E-mail: AxelPestel@compuserve.de
Nachdruck oder Vervielfältigung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe.
Bildmaterial: Spreeboten Verlag / Fürstenwalde.
Nicht- IHK-Verweigererinitiativen, werden um Übersendung eines Belegexemplares gebeten. Text & Design ©'98/2006 by Axel Pestel /IHK-Verweigerer e.V.